

zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist der **Einzelplan 11 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4411** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4406

a) Kultur

In Verbindung mit:

Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen – Kulturförderung als Pilotbereich

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4302

b) Wissenschaft, Weiterbildung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4344

Jetzt kommen wir zunächst zum Teilbereich

a) Kultur

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Schultheis das Wort. Bitte sehr.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen, man merkt, dass Sie im vergangenen Jahr die Bühnenkunst stärker gefördert haben. Das geht sogar in den Landtag ein, dass sich dort Entwicklungen ermöglichen, auch bei der Präsentation der Landesregierung.

(Beifall von Dietmar Bell [SPD])

Lassen Sie mich eine andere Vorbemerkung machen, was den Einzelplan 06 angeht. Dass dieser Einzelplan am Ende dieses Tages, am Ende der Haushaltsberatungen auf der Tagesordnung steht, ist mehr als bedauerlich, wenn ich das so sagen darf, denn hier handelt es sich um originäre Zuständigkeiten eines Bundeslandes sowohl im Bereich der Kultur als auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Ich finde das bedauerlich, weil damit auch das, was in diesem Land an Möglichkeiten eröffnet wird, und das, was wir diskutieren, nicht die Öffentlichkeit erreicht, wie es gerade diese Bereiche erfordern und verlangen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Entwicklung des Landeshaushaltes im Bereich Kultur. Wir haben dies auch in den Beratungen im Ausschuss für Kultur und Medien durch unser Abstimmungsverhalten deutlich gemacht. Der Anstieg des Volumens ist sehr bedeutend. Das schätzen wir auch.

Frau Ministerin, allerdings sehen wir noch bestimmte Handlungsbedarfe, was die Transparenz dieses Haushaltes angeht. Wir haben dies auch diskutiert, gerade was die Titelgruppe 69 angeht, die Stärkungsinitiative. Sie haben zugesagt, dass, wenn diese Stärkungsinitiative schrittweise umgesetzt wird, hier auch mehr Transparenz zu erwarten ist.

Wir gehen davon aus, dass dies dann auf der Basis des Kulturförderberichtes und wiederum auch im Rahmen des Kulturfördergesetzes erfolgen wird, sodass wir genau sehen, in welche Bereiche was geht. Angesichts des Aufwuchses von 20 Millionen Euro in diesem Jahr steht da eine Menge dahinter. Ich glaube, es ist erforderlich, dass der Landtag auch weiß, wohin diese Finanzmittel fließen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine vernünftige Lösung finden und insbesondere Transparenzregeln anwenden, die für die Vermittlung dieses Politikbereiches erforderlich sind.

Ich habe auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien hingewiesen. Da allerdings der Wissenschaftshaushalt und der Kulturhaushalt in einem Haushalt zusammengefasst sind, werden wir natürlich nicht das Abstimmungsverhalten an den Tag legen können, wie wir das für den Teilhaushaltsplan Kultur getan hätten, weil sich unsere Einschätzung des Wissenschaftshaushaltes etwas anders darstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zu Ihrem Antrag, was das Zuwendungsrecht angeht. Dieser Antrag bleibt aus unserer Sicht, wenn man an die Erkenntnismöglichkeiten denkt, die es in diesem Zusammenhang gibt, sehr im Allgemeinen. Es ist eine Beschreibung der Situation, die sicherlich richtig ist. Dann folgen auf der zweiten Seite Feststellungen. Aber konkrete Vorschläge, wie sich denn das Zuwen-

dungsrecht in Zukunft darstellen soll, wie es weiterentwickelt werden soll, werden in diesem Antrag nicht deutlich.

Sie hätten sehr gut auf die Ausführungen der Organisationen des dritten Sektors zurückgreifen können. In einem Schreiben, das im Oktober an den Ministerpräsidenten gegangen ist und von fast allen großen Kulturinstitutionen und auch von den Wohlfahrtsverbänden unterschrieben ist, wurden 13 Bereiche sehr ausführlich und sehr konkret benannt, wo eine Änderung des Zuwendungsrechtes sinnvoll wäre.

Wenn man einen solchen Antrag stellt, dann möchten die Angesprochenen und auch wir wissen, in welchen Bereichen Sie das Zuwendungsrecht denn nun tatsächlich ändern wollen. Wollen Sie in Zukunft die Möglichkeit bieten, Rücklagen zu bilden? Sollen die Verwendungsnachweise vereinfacht werden? – Das sind alles Dinge, die sicherlich wünschenswert sind. Ich erinnere mich an die Diskussion über das Kulturfördergesetz, bei der auch schon viele dieser Aspekte beraten worden sind, aber das Finanzministerium schlussendlich immer wieder einen Riegel vorgeschoben hat. Ich hoffe – wir würden Sie auch dabei unterstützen –, dass das Zuwendungsrecht hier in eine andere Richtung geht.

Hier sagen Sie: als Pilotbereich. Sie wissen aber, dass auch in anderen Bereichen – insbesondere im Bereich Wissenschaft und Forschung – solche Änderungen wünschenswert wären, um vielen Institutionen, auch Forschungsinstituten, bessere, sichere und nachhaltige Arbeitsmöglichkeiten bieten zu können.

Meine Damen und Herren, wir werden uns bei diesem Antrag, weil wir ihn im Grundsatz unterstützen, enthalten. Wie gesagt, Frau Ministerin: Den Einzelplan 06 werden wir insgesamt ablehnen mit der Bemerkung, dass wir die Aktivitäten im Bereich des Kulturteilhaushaltsplans sehr wohl unterstützen und auch überzeugend finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Als nächster Redner erhält für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Petelkau das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind im letzten Jahr angetreten, die Kultur in unserem Lande wieder sichtbar zu machen. Um eine kurze Replik auf meinen Vorredner zu geben: Das Beste am Tag kommt manchmal zum Schluss. Das gilt für die Kultur.

Wir haben damals argumentiert, dass die Gesellschaft nicht nur Arbeitsplätze, Wohnungen, Sicherheit, Bildung und Infrastruktur braucht, sondern dass die Kultur ein Kitt ist, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Das ist etwas, was wir auf jeden Fall haben wollen.

(Zuruf von der SPD: Das sind doch Arbeitsplätze!)

Mit der Schaffung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft haben wir 2017 das Fundament für die Stärkung der Kunst- und Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen geschaffen.

Wir haben den Haushaltsansatz im letzten Jahr für das Kapitel Kulturförderung um 20 Millionen Euro auf rund 225 Millionen Euro erhöht und die zusätzlichen Mittel vor allem in die Sicherung und den Ausbau der kommunalen Theater und Orchester investiert. Das war ein erster wichtiger Meilenstein, den wir versprochen haben und den wir auch gehalten haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Haushaltsentwurf 2019 steigern wir den Etatansatz noch einmal um weitere 20 Millionen Euro und erreichen mit 245 Millionen Euro einen neuen Rekordwert. Sie wissen auch, dass wir in den nächsten Jahren weiter zulegen werden.

Mit der „Stärkungsinitiative Kultur“ werden wir nicht nur die etablierten kommunalen Häuser und die freie Szene in Nordrhein-Westfalen unterstützen, sondern auch viele neue Akzente setzen. So wird der ländliche Raum durch die Fördermaßnahmen „Dritte Orte“ und „Regionale Kulturförderung“ unterstützt. Gerade dies ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt und den Ausbau der kulturellen Vielfalt in unserem großen Bundesland.

Weitere Eckpunkte der erhöhten Landesförderung werden die Erhöhung des Ankaufsetats der Kunstsammlung und des Kunsthauses Nordrhein-Westfalen sowie die Fördermittel für die Anschaffung der kommunalen Museen sein. Anders als die rot-grüne Vorgängerregierung wollen wir Sammlungen nicht am internationalen Kunstmarkt verkaufen, sondern sinnvoll weiterentwickeln. Das muss man hier festhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer kultureller Glanzpunkt im kommenden Jahr werden die vielen Veranstaltungen zum 200. Geburtstag von Jacques Offenbach sein. Der feierliche Auftakt war diese Woche im Kölner Rathaus. Er hat bereits gezeigt, dass es sich lohnt, diesen großen Künstler entsprechend zu würdigen. Das Land wird auf Initiative der Nordrhein-Westfalen-Koalition im nächsten Jahr diese Veranstaltungsreihe mit rund einer halbe Million Euro unterstützen. Das ist es auch wert. Es ist eine wunderbare Overtüre auch für das Beethoven-Jahr, das im Jahr danach folgt.

Die Kunst- und Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen soll aber nicht nur durch zusätzliche Finanzmittel gestärkt werden. Wir wollen auch die Verfahren, mit denen diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, vereinfachen.

Da kommen wir zu dem Unterschied zur Vergangenheit. Wir als Politik wollen nicht Verwaltung spielen, sondern die Verwaltung beauftragen, nach den besten Wegen zu suchen. Diese besten Wege finden wir dann am besten, wenn wir die Leute im Finanzministerium, die dafür sorgen müssen, dass gegenüber dem Steuerzahler auch Rechenschaft abgelegt wird, zusammenbringen mit den Leuten, die diese Förderanträge stellen, und die wissen, was es gerade für kleinere Institutionen in der freien Szene bedeutet.

Wenn man mehr Zeit und mehr Geld investieren muss, um überhaupt eine Landesförderung zu erhalten, dann macht das keinen Sinn. Genau das wollen wir abstellen. Wir wollen hier Vereinfachungen. Es lohnt sich, den richtigen Weg herauszusuchen.

Es ist gut, dass die Kunst und die Kultur als Pilotbereiche fungieren. Ich glaube, dass wir im Sportbereich und in anderen Bereichen weitere Möglichkeiten haben, etwas zu machen.

Zum Etat des Einzelplanes 06 gehört auch die Landeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie leistet. Im Haushalt sind 17 Millionen Euro vorgesehen, das heißt rund 1 Million Euro mehr als im Vorjahr.

Die NRW-Koalition hat zudem den Ansatz für kulturbezogene Projekte und Projekte der historisch-politischen Bildung für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler um rund 300.000 Euro erhöht. Wir wollen damit vor allem die jungen Menschen unterstützen, sich in die Bewahrung ihres kulturellen Erbes einzubringen und miteinander in den Dialog zu treten.

Wir bitten Sie um Unterstützung für unsere Anträge. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Petelkau. – Als nächster Redner erhält für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Keymis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar eine späte Stunde, aber wie in der Kultur häufig ist abends der Höhepunkt. Insofern haben wir Gelegenheit, noch ein paar Sätze darüber zu wechseln.

Ich möchte mich in den Tenor einreihen, den insbesondere die Kollegen Schultheis und Petelkau ange-

stimmt haben. Wir haben im Kulturbereich, Frau Ministerin, eine, wie ich finde, kompetente Vertreterin. Wir sind Ihnen dankbar dafür, dass Sie diese Arbeit so machen, wie Sie sie machen. Wir haben im Kulturbereich zudem einen Aufwuchs – das weiß jeder –, wie wir ihn uns als SPD- und als grüne Fraktion immer gewünscht haben, was aber mit unserer Regierung nicht zu machen war.

Ich möchte offen sagen – das sollte man nicht unter den Tisch kehren –: Wir hatten in der Zeit der rot-grünen Koalition andere Einnahmen, als Sie sie jetzt haben. Das muss man auch etwas in Rechnung stellen und sollte es bei allen Vorbehalten offen aussprechen. Die finanzielle Situation in jenen Jahren war schwieriger als die, die Sie sie jetzt vorfinden können. Es ist gut, wenn das entsprechend genutzt wird. Im Kulturbereich wird es Gott sei Dank klug und sinnvoll eingesetzt und genutzt. Der Aufwuchs ist prima. Das kann ich für meine Fraktion ausdrücklich begrüßen.

Wir haben das in unserem Wahlprogramm schon so aufgeschrieben, insofern erfüllen Sie einen Teil des grünen Wahlprogramms. Das tun Sie wahrscheinlich ungern und unfreiwillig oder auch freiwillig und auch gerne, weil Sie finden, dass es richtig ist, es so zu machen. Solche Art von Übereinstimmung tut der Politik, finde ich, immer wieder ganz gut.

Ich hätte mir selber gewünscht, dass man noch einen Schritt mutiger wird. Möglicherweise kann man das im Laufe der Jahre auch noch diskutieren. Sie merken jetzt, dass ich bewusst ein bisschen allgemeiner spreche und nicht auf alle Details eingehe, die Herr Petelkau schon prima aufgezählt hat.

Sie merken, dass durch das Animieren der kulturellen Landschaft Nordrhein-Westfalens mit den entsprechenden Aufwüchsen in den letzten zwei Jahren ein gewisser Bedarf zusätzlich entsteht. Jetzt kommen alle darauf, dass die Landesregierung etwas tut. Wir bewegen uns in einem Rahmen, der nicht ganz im Bereich von Baden-Württemberg oder Bayern liegt. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn die Koalition die Kraft finden würde, ab 2020 das noch einmal weiter zu stärken und darauf zu reagieren, was sich in der Kulturszene Nordrhein-Westfalens inzwischen entwickelt.

Da entsteht nämlich ein enormer Anspruch. Dort wird gesagt: Jetzt habt ihr jahrelang relativ wenig getan, ihr tut jetzt etwas, vielleicht kann man an manchen Stellen noch etwas mehr tun. – Ich kann mir vorstellen, dass die Ministerin darüber nicht unglücklich wäre. Ob die Koalition die Kraft findet, wird sich zeigen. Unsere Unterstützung jedenfalls hätten Sie, wenn Sie ab 2020 zwei oder drei Jahre lang noch 10 Millionen Euro mehr drauflegen würden. Das ist für den Gesamthaushalt kein großes Problem, aber es wäre für die Kultur eine enorme Stütze und würde die Dinge erheblich weiterentwickeln.

Meines Erachtens wäre das gut für das Land, weil es eben nicht nur um Kultur hier und Arbeitsplätze dort geht. Wir haben in der Kultur- und Medienbranche, wie Sie wissen, viele Hunderttausend Arbeitsplätze, die von diesen Maßnahmen abhängen – nicht nur von öffentlichem Geld, sondern auch von dem Geld, das dadurch generiert wird, dass wir die Kultur mit Zuschüssen mitfinanzieren.

Insgesamt kann ich das nur begrüßen. Das tun wir auch. Das ist gut so. Einen Wermutstropfen muss ich heute Abend noch loswerden: Wir haben in der vorigen Woche einen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses erlebt, den wir als Kulturleute jedenfalls im Ausschuss gar nicht diskutiert haben. Das bedaure ich sehr, das hätte man vorher einmal besprechen sollen. Es geht um das Archiv für alternatives Schrifttum, eine Einrichtung, die wir als Land Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren mit meist relativ kleinen Beträgen gefördert haben.

In den letzten Jahren haben wir uns zu einer stärkeren und besseren Förderung entschlossen. Dieses Archiv setzen Sie mit dem Beschluss, der im Haushalts- und Finanzausschuss gefasst wurde – minus 220.000 Euro – faktisch ins Aus.

(Ralf Witzel [FDP]: Den haben wir mit Ihnen gemeinsam gefasst!)

– Ich weiß das, Herr Witzel, aber den Trick, wie man das macht, könnte ich Ihnen auch noch erklären. Das war nicht in Ordnung, das war ein echter Fake.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war überhaupt kein Fake!)

Das haben Sie drunterhergeschoben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war ein einziger Satz!)

– Ich will mit Ihnen jetzt gar nicht darüber debattieren. Schön, wenn Sie es so sehen. – Wir haben es so empfunden, wie es war. Es hätte im Fachausschuss diskutiert werden können, da ist es nicht eingebracht worden. Ich kann Ihnen nur den Tipp geben, diese Situation noch einmal genau zu überdenken.

Die Archivszene Deutschlands ist schon in einer gewissen Alarmstimmung. Die sagen: Was ist das jetzt? Das Land macht Kultur zu einem Hauptthema, aber es macht einen Laden zu, von dem die Szenerie jedenfalls sagt: Den brauchen wir, der gehört zum Archivwesen Deutschlands dazu.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie über diese Entscheidung noch einmal nachdächten. Ansonsten geht dieses Kleinod in die Insolvenz. Das kann eigentlich nicht das Ziel von Kulturpolitik sein, nachdem man schon insgesamt fast 1,5 Millionen Euro öffentliche Mittel in dieses Archiv investiert hat. Das wäre mein Appell.

Ansonsten stimmen wir dem Antrag im Hinblick auf das Pilotprojekt zu. Das ist ein richtiger, guter Schritt.

Wir haben immer Schwierigkeiten gehabt im Verhältnis der Exekutive zu diesen Vorschlägen, die wir im Rahmen des Kulturfördergesetzes zu diesem Thema auch schon vor Jahren gemacht haben. Ich wünsche Ihnen viel Glück dabei. Unsere Unterstützung haben Sie bei dem Antrag auf jeden Fall. Die grüne Fraktion wird zustimmen und sich nicht nur enthalten.

Das sind die kleinen Unterschiede, die das Kulturthema so spannend machen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Deutsch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Lorenz Deutsch (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Keymis, ich freue mich über die Zustimmung zu unserem Haushalt. Aber dass Sie ihn jetzt so sehr vereinnahmen, dass Sie sagen, wir würden jetzt das grüne Wahlprogramm verwirklichen, und gleich noch auf die Überholspur gehen und sagen, es müsste noch ein bisschen mehr werden – davor wollen wir uns doch ein Stück weit verwahren.

Es zählt nicht, was man in dem Moment sagt, wenn man nicht nachweisen muss, dass man es tatsächlich tut. Vielmehr zählt das, was man gemacht hat, als man es hätte tun können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nach vielen Jahren, in denen es zwar warme Worte gab – die gab es –, aber keine Bewegung in der konkreten Förderung, hat die NRW-Koalition nun einen echten Aufbruch organisiert. Systematisch steigern wir den Kulturansatz jedes Jahr um 20 Millionen Euro, sodass er in dieser Legislaturperiode von 200 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro steigen wird.

Wir haben in diesem Jahr schon gezeigt, was das konkret bedeutet. In einem ersten Schritt wurde eine deutliche Unterstützung für die kommunalen Theater und Orchester organisiert, die – das muss man dazusagen – in der Zwischenzeit deutlich abgemagert waren. Jedes Jahr steigt dort der Ansatz um 6 Millionen Euro. Kumuliert werden in den fünf Jahren dieser Legislaturperiode 90 Millionen Euro zusätzlich in die kommunalen Theater und Orchester gegangen sein.

Wir haben mehr getan, und wir haben auch noch mehr vor. Die freie Szene wurde gestärkt. In der Musikszene werden fast 2 Millionen Euro in Ensembles und Exzellenzförderung fließen. Die Jugendensembles, die Landesorchester und Landestheater werden gestärkt. Die Ankaufsetats der kommunalen Mu-

seen steigen. Die Kunstsammlung erhält wieder einen eigenen Ankaufsetat. Das Kunsthaus NRW in Kornelimünster, wo junge NRW-Kunst gefördert wird, bekommt wieder einen nennenswerten Ankaufsetat. 2019 wird unsere Initiative für Dritte Orte im ländlichen Raum in die entscheidende Vorbereitung gehen, um dann 2020 in die Umsetzung zu kommen.

Wir investieren ab 2019 in Begabtenförderung und individuelle Künstlerförderung. Die Kultursekretariate werden gestärkt. Wir werden die Digitalisierung im Bereich der Kultur vorantreiben und unterstützen – von Archivierung über künstlerische Produktion bis zur Onlinepräsenz von Kulturinstitutionen.

Ich zähle das deswegen noch einmal auf – die Liste könnte verlängert werden –, um nicht einer Erzählung Vorschub zu leisten, nämlich dass diese Stärkungsinitiative ein Mysterium sei und man nicht genau wissen könne, was damit eigentlich gemacht würde. 2018 – als denn klar war, was gemacht werden würde – ist zu jedem Zeitpunkt gesagt worden, was getan wird.

Das ist nicht so eine Kleinigkeit, die man mal eben am Anfang als Plan aufschreiben kann. Das könnte man, wenn man mit der Gießkanne durchs Land ziehen würde. Das ist nicht unser Anspruch. Das Haus hat konkrete Dinge entwickelt. Vor einem Jahr habe ich hier gesagt: Das wird nicht einfach werden, weil das nach Jahren, in denen nicht mehr umgesetzt werden musste, eine ganz neue Herausforderung ist. Diese Kulturabteilung ist nicht sehr groß, und sie tut ihr Bestes, um das umzusetzen. Aber das geht nur Schritt für Schritt. Bei jedem Schritt haben wir offen kommuniziert, was los ist.

Zum vorletzten Kulturausschuss ist eine Liste vorgelegt worden, die 2018 und 2019 transparent gemacht hat. Die Erzählung, die Stärkungsinitiative sei eine Black Box von 20 Millionen Euro, bei der man nicht wissen könne, was die Regierung damit macht, ist also falsch. Nachdem die Sachen in die Beschlussfähigkeit und die Umsetzung kommen, wird der Haushalt 2020 das auch abbilden, und dann werden wir auch wieder die gewohnte Transparenz haben, die wir jetzt leider nur Schritt für Schritt haben. Aber das werden wir immerhin nachliefern.

Lassen Sie mich noch zu unserem Antrag zum Zuwendungsrecht sprechen. Das ist ein Thema, das zeigt, dass es nicht nur um finanzielle Förderung, sondern auch um Rahmenbedingungen geht. Bürokratische Entlastung ist systemische Kulturförderung. Künstlerinnen und Künstler sollen mehr Freiraum für ihre Kunst bekommen. Selbstverständlich müssen dabei die Erfordernisse von Sparsamkeit und Zweckgebundenheit weiter garantiert sein.

Aber wer mit denjenigen spricht, die für ihre künstlerischen Projekte öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, bekommt schnell eine Ahnung davon, dass

nicht jede Anforderung des Antrags – Durchführungs- und Verwendungsnachweismöglichkeiten – zwingend ist. Dass es sich dabei nicht nur um eine Ahnung handelt, zeigt auch das jüngst veröffentlichte Impulspapier – Herr Schultheis hat es schon angesprochen – der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung, das viele wichtige Anregungen enthält.

Das soll diskutiert werden. Wir wollten jetzt nicht einzelne Maßnahmen – sehr viele sind da aufgezählt worden – in den Antrag aufnehmen und sagen, wir beschließen das. Vielmehr geben wir jetzt den Auftrag mit der Kultur als Pilotbereich – ganz bewusst – in die Verwaltung.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir wissen, es gibt noch das Soziale, den Sport und Weiteres; aber als Pilotbereich ist zu entwickeln, was davon in Nordrhein-Westfalen wirklich konkret und umsetzbar ist. Deswegen ist, wie ich meine, eine offene Formulierung dieses Antrags sachgerecht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Lorenz Deutsch (FDP): Festzuhalten ist: Die Kulturszene NRW ist im Aufbruch. Unsere Impulse kommen im Land an. Genauso werden wir weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Kulturpolitik ist leider aus Sicht vieler Bürger, vieler Politiker und vermutlich insbesondere aus Sicht vieler Finanzpolitiker eine eher untergeordnete Aufgabe, der man nicht viel Beachtung schenken und vor allem keine großen Mittel geben sollte. Dabei unterscheidet doch gerade die Kultur die Nationen und auch die Menschen voneinander und gibt ihnen so das jeweils Besondere.

Der Bewahrung und der Fortentwicklung der Kultur und der kulturellen Identität ist genügend Raum zu geben. Nur dann identifizieren sich die Bürger eines Landes mit dem Land, den Werten und auch dem Kulturraum.

(Beifall von Helmut Seifen [AfD])

Kultur ist ein Teil der Infrastruktur und daher auch auskömmlich zu finanzieren. Ob dazu ein Aufwuchs in gegebener Höhe notwendig ist und ob in den geplanten Maßnahmen auch Kultur mit und für Flüchtlinge in diversen Projekten noch mal extra gefördert werden muss, ist zumindest aus unserer Sicht strittig. Das ist ein Bereich, der in ein anderes Ministerium gehört – auch wenn die Aufgaben möglicherweise inhaltlich kultureller Natur sind. Aber wenn es um Integration geht, würde ich das nicht gerne bei „Kultur“ sehen. Die Menschen, die zu uns kommen, können auch an der Kultur für alle teilhaben.

(Beifall von der AfD)

Was uns am Einzelplan 06 aber wiederholt und anhaltend ärgert, ist die Ausgestaltung der politischen Bildung. Minister Reul sagte in einem Interview in der „WeLT“ – ich zitiere –:

„Also die Gefahren durch Links- und Rechtsextreme im Land sind ungefähr gleich groß. Und ob einem Polizisten ein Stein von rechts oder von links an den Kopf geworfen wird, ist dem Opfer ziemlich gleichgültig.“

Zur Klärung möchte ich hinzufügen: Nein, dem Opfer ist das gegebenenfalls nicht gleichgültig. Denn eine spezielle Opferberatung, finanziert aus dem Einzelplan 06, gibt es nur dann, wenn der Stein von rechts geflogen kam.

Warum wir das so kritisch sehen, dass die Aufklärung über Extremismus, insbesondere von jungen Menschen, derzeit sehr einseitig geschieht, liegt daran, dass linker Extremismus in gleicher Weise staatsgefährdend ist, aber von Medien und vielen Politikern mindestens verniedlicht oder verharmlost wird.

(Beifall von der AfD)

Ein Gedanke, der sich dringend durchsetzen sollte, ist, dass Verachtung unserer Staatsorgane und politisch motivierte Gewalt nicht von „Aktivisten“ begangen wird, sondern von Extremisten und Straftätern.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Die Antwort des Ministeriums besagte zuletzt, es gebe noch Abgrenzungsprobleme zwischen legitimer linker Meinung und linkem Extremismus.

(Zuruf von der SPD)

Das ist für meine Begriffe keinesfalls nachvollziehbar. Die kleine Broschüre, die da herausgegeben wird, ist definitiv keine ausreichende Maßnahme zur Aufklärung. Das Ministerium des Inneren hat schon etwas gemerkt, Frau Ministerin. Der Bereich der politischen Bildung hinkt massiv hinterher, und das, obwohl hier die Prävention beginnen muss.

(Beifall von der AfD)

Noch ganz kurz zu dem Antrag. Einem so dünnen, leider wenig aussagekräftigen, wenngleich vermutlich gut gemeinten Antrag, der hier zusammen mit dem Haushalt in Fünf-Minuten-Takten mitdiskutiert werden soll, werden wir schon aus formaler Sicht nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die nachhaltige Stärkung der Kultur in Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiges landespolitisches Ziel. Deshalb hat die Landesregierung den Aufwuchs des Kulturetats um 50 % bis zum Ende der Legislaturperiode vorgesehen. Der ersten Erhöhungstranche im Umfang von 20 Millionen Euro für das Jahr 2018 hat der Landtag zugestimmt.

Nummehr geht es um die Fortsetzung genau dieses Aufwuchses. Zwischenzeitlich hat das Kulturministerium an den Planungen zur Umsetzung der Stärkungsinitiative Kultur gearbeitet. Es war so, wie es vorhin schon gesagt wurde: Es ging nicht nur darum, mit der Gießkanne durchs Land zu ziehen, sondern viele Dinge einer Prüfung zu unterziehen und völlig neu aufzusetzen. Das werde ich gleich noch kurz erläutern.

Außerdem – das sei hier auch noch einmal bemerkt – haben wir die Tarifierhöhungen für die geförderten Einrichtungen übernehmen können und die Finanzierung des Düsseldorfer Schauspielhauses zur Reduzierung des Sanierungsstaus nachhaltig gestaltet.

Der Gesamtansatz des Kulturkapitels beträgt damit rund 245 Millionen Euro und ist – das wurde eben bereits angemerkt – der größte in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung sind mehr als 17 Millionen Euro vorgesehen, unter anderem beispielsweise für Online-Aktivitäten rund um das Europawahljahr, das jetzt ansteht.

Zum Haushalt gehört nicht nur die Entscheidung über die Höhe der Haushaltsmittel; ebenso wichtig ist auch die Entscheidung über das Verfahren, mit dem diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das gilt in besonderem Maße für die Zuwendungsempfänger im Land. Auch das wurde eben hier schon angesprochen. Ziel ist es, das Verfahren möglichst einfach, unbürokratisch und verständlich zu gestalten.

Deshalb bin ich den regierungstragenden Fraktionen für den Antrag „Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen – Kulturförderung als

Pilotbereich“ sehr dankbar. Ich teile die Auffassung, dass Vereinfachungen für Kultureinrichtungen sehr notwendig und sicher auch möglich sind. Gerne will ich, wenn Sie diesem Antrag zustimmen, die Kultur als Pilotbereich in den Prozess zur Entbürokratisierung integrieren. Das ist auch ein Votum des Koalitionsvertrages.

Die Umsetzung des Antrags wird in enger Zusammenarbeit insbesondere meines Hauses mit dem Ministerium der Finanzen erfolgen. Dabei kann schon auf eine Reihe von ganz konkreten Ideen und ersten Gesprächen für Verbesserungen in der Gestaltung von Förderverfahren aufgebaut werden.

Im Haushaltsjahr 2019 ist außerdem – das werden Sie gesehen haben – eine grundlegende Umstrukturierung des Kapitels Kulturförderung vorgesehen. Die bisherige Struktur, die 33 Einzeltitel und 15 Titelgruppen vorsieht, wird deutlich gestrafft. Auf die Ausweisung von Einzeltiteln wird verzichtet. Stattdessen werden alle Ausgaben für die Kulturförderung in zehn zum Teil neuen Titelgruppen ausgewiesen. Diese Veränderung steht im Dienst der Lesbarkeit und der schon genannten Transparenz des Haushaltsplans. Die Struktur des Kulturkapitels wurde grundlegend angepasst, um eine flexibilisierte Bewirtschaftung und eine verbesserte Förderpraxis zu erreichen.

Mit der Stärkungsinitiative Kultur werden die kommunalen Theater und Orchester unterstützt und ihre Existenz und Entwicklungsmöglichkeiten gesichert. Den Landestheatern und der freien Szene in Theater, Tanz und Musik ermöglicht die Förderung, ihre starke Stellung auszubauen.

Was mir ein besonderes Anliegen ist: Mir geht es in dieser ersten Phase sehr stark um eine strukturelle Stabilisierung. Sie wissen, dass sich viele freie Gruppen und städtische Theater in einer teilweise sehr schwierigen finanziellen Situation befanden.

Erhalt und Ausbau kultureller Angebote in ganz Nordrhein-Westfalen, insbesondere im ländlichen Raum, werden durch die regionale Kulturförderung und die Förderung Dritter Orte unterstützt. Das wird uns im kommenden Jahr besonders beschäftigen. Mit den Dritten Orten sollen kulturelle Begegnungs- und Erlebnisorte entstehen, an denen die unterschiedlichen Akteure und Institutionen spartenübergreifend Angebote machen.

Um die wichtigen Sammlungen der Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen auszubauen, werden die Ankaufsetats nicht nur der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen und des Kunsthauses NRW, sondern – das ist mir besonders wichtig – auch die Fördermittel für Erwerbungen der kommunalen Museen aufgestockt. Auch Forschungs- und Restaurierungsprojekte, die bislang kaum finanziert waren, sollen jetzt gezielt gefördert werden.

Die aktuelle Planung zur Verteilung der Mittel der Stärkungsinitiative Kultur auf die einzelnen Maßnahmenbereiche wurde im Ausschuss für Kultur und Medien bei der Haushaltseinbringung immer wieder – auch diesmal wieder – dargestellt. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen der Stärkungsinitiative im Fachausschuss fast einvernehmlich begrüßt wurden. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Nicht ganz nachvollziehen konnte ich die Kritik an einer vermeintlich fehlenden Transparenz zur Mittelverteilung. Sowohl im Landtag wie auch der Öffentlichkeit wurden alle final konkretisierten Maßnahmen vorgestellt.

Für das Haushaltsjahr 2020 wird es zudem, wie schon im Ausschuss angekündigt, eine haushalts-technische Verstetigung nach Zweckbestimmungen der Mittel geben. Das heißt, die inhaltlich festgelegten Ausgaben werden dann in den jeweiligen Titelgruppen des Kulturkapitels ausgewiesen. Das habe ich schon 27-mal angekündigt, und das wird auch so werden. Nun sage ich es einfach noch einmal.

Mit dem geplanten Mittelaufwuchs setzt die Landesregierung ein starkes Signal für den hohen Stellenwert der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Das war nicht immer so, das wissen Sie. Das wollen wir wirklich grundlegend verändern. Es gibt gleichzeitig viele Impulse für neue erfolgreiche Weiterentwicklungen. Deswegen würde ich mich über Ihre Zustimmung freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1 Minute 28 Sekunden überzogen. Obwohl sie sich damit in den Reigen vieler anderer Redner zu dem Kulturretat einreihet, frage ich dennoch in die Runde, ob es noch Aussprachebedarf gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir am Schluss der Aussprache zu dem Teilbereich a) beim Einzelplan 06 und auch zu dem Antrag in Drucksache 17/4302. Wir kommen dann gleich nach dem Teilbereich b) zur Abstimmung über den Einzelplan und über den Antrag.

Jetzt kommen wir zum Teilbereich

b) Wissenschaft, Weiterbildung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Bell das Wort. Bitte sehr.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich begrüße die

Erhöhung des Haushaltes im Wissenschaftsetat ausdrücklich. Das habe ich auch schon in der Ausschusssitzung gesagt.

Die Landesregierung setzt damit den Kurs der alten Regierungskoalition fort, den Hochschulen Planungssicherheit und eine Erhöhung der Grundfinanzierung zukommen zu lassen. Von den 212 Millionen Euro, die die Hochschulen im Rahmen der Grundfinanzierung entsprechend mehr erhalten werden, resultieren 188 Millionen Euro auf den zwangsläufigen Steigerungen aufgrund der Hochschulvereinbarung, die 2016 von Rot-Grün unterzeichnet wurde. Es ist gut für unsere Hochschullandschaft, dass hier Kontinuität gilt.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich von dem Zerrbild abgrenzen, welches die damalige Opposition in der vergangenen Legislaturperiode von der Wissenschaftslandschaft in NRW gezeichnet hat. Unsere Hochschulen sind exzellent aufgestellt, wie auch der Erfolg bei der Exzellenzstrategie beweist.

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, die sowohl unsere Anträge zum Thema „FH Bielefeld“, als auch den entsprechenden Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen zum Hochschulstandort Ostwestfalen-Lippe mit dem Stichwort „Digital Farming“ sehr konstruktiv aufgenommen und sich zu eigen gemacht haben, weshalb diese Inhalte zwischen uns unstrittig sind.

(Beifall von der SPD)

Enttäuschend ist der Haushalt allerdings, wenn man den Versprechungen des Koalitionsvertrages Glauben geschenkt hat. Es gibt Bestrebungen einiger Kollegen, das politische Betätigungsfeld zu wechseln, und ich hätte doch gerne erlebt, Herr Dr. Berger, dass Ihrer irren Schlusslichtrhetorik jetzt wirklich Taten folgen, zum Beispiel zu der Seifenblase „Qualitätspakt für bessere Studienbedingungen“, die in Ihrem Koalitionspapier doch einen relativ breiten Raum einnimmt.

Wir haben konkret nachgefragt, warum die Mittel zur Verbesserung der Lehr- und Studienqualität an den Hochschulen nicht erhöht worden sind. Die Landesregierung hat geantwortet – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Die Landesregierung hält zusätzliche Mittel für eine Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen an den Hochschulen des Landes für notwendig. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft wirkt daher im Rahmen der Verhandlungen mit dem Bund zum Nachfolgeprogramm Hochschulpaket und zur Nachfolge des Qualitätspakts Lehre darauf hin, dass für die Verbesserung der Qualität der Lehre an den Hoch-

schulen in NRW nicht nur die seit 2009 in gleichbleibender Höhe an die Hochschulen ausgezahlten Qualitätsverbesserungsmittel, sondern auch zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen werden.“

Herr Dr. Berger, Sie haben hier über Jahre in diesem Plenum gestanden und kontinuierlich die Erhöhung der Qualitätsverbesserungsmittel angemahnt, versprochen, dass sie kämen und gleichzeitig die alte Landesregierung gescholten, wenn sie auf Verhandlungen auf der Bundesebene verwiesen hat. Nichts anderes erfolgt hier. Sie reißen die Messlatte, die Sie selber aufgelegt haben.

(Beifall von der SPD)

Gleiches gilt für die Stärkung der Forschung an den Fachhochschulen. Auch hierüber sind wir enttäuscht, weil Sie nichts Konkretes vorlegen, wie hier eine Stärkung erfolgen kann. Das gilt auch für die aufgabengerechte Finanzierung der Arbeit an den Studierendenwerken, die uns sehr wichtig ist. Die Menschen haben geglaubt, dass Sie das ernst meinen. Ich will das hier auch wirklich ernst vortragen. Der Vertrauensverlust, den Sie nach zwei Jahren Haushaltsverantwortung bei den Studierendenwerken erzeugt haben, wird so schnell nicht korrigiert werden können.

Das Enttäuschende ist, dass Sie, abgesehen vom Entwurf des Hochschulgesetzes – und es ist erkennbar, dass sich dieses Gesetz in den Kernforderungen gegen Studierende richtet –, jetzt die Chance verpassen, deutlich zu machen, dass Sie die soziale Realität der Studierenden in diesem Land im Blick haben.

Deshalb haben wir unseren Antrag, den wir zurückgestellt hatten, zur zweiten Lesung finalisiert und würden ihn hier auch zur Abstimmung stellen wollen. Er enthält die Forderung, die Grundfinanzierung für die Hochschulsozialwerke zu erhöhen, damit diese ihrem wichtigen Aufgabentätigkeitsprofil gerecht werden können. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesem Antrag entsprechen würden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist bei den Studierenden äußerst beliebt. Zum Wintersemester 2018/2019 haben über 100.000 junge Menschen bei uns ein Studium aufgenommen. Damit bleibt Bildung eines der zentralen Themenfelder der NRW-Koalition, und das schlägt sich auch in diesem Haushalt nieder.

(Beifall von der CDU)

Das Gesamtvolumen des Einzelplans 06 beträgt 9,2 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung von 5,6 %. Der Gesamthaushalt verzeichnet einen Zuwachs von 3,2 %. Der Wissenschaftshaushalt steigt mit üppigen 5,6 % überproportional an. Es ist eine große Leistung, einen Schwerpunkt in diesem Zukunftsbereich zu setzen.

(Beifall von der CDU)

Die Mehrausgaben für die Hochschulen betragen rund 326 Millionen Euro und bilden den mit Abstand größten Anteil. Wir berücksichtigen mit 50 Millionen Euro die Herausforderungen der Digitalisierung.

In der Vergangenheit, Herr Bell, war in der Tat nicht alles schlecht. Sieben nordrhein-westfälische Universitäten waren in der finalen Runde der Förderlinie Exzellenzcluster erfolgreich, und ab Januar 2019 werden nun 14 Exzellenzcluster gefördert.

Kein Bundesland erreicht mehr erfolgreiche Cluster. Diesen Trend wollen wir weiter verstärken und verstärken. Deswegen erhält die Forschungsförderung einen Aufwuchs von 34,9 Millionen Euro.

Wir begrüßen es darüber hinaus sehr – wir haben es vor einigen Tagen gehört –, dass sich die Max-Planck-Gesellschaft vor einigen Tagen entschieden hat, ein neues Institut zur Erforschung der Grundlagen der Cybersicherheit und den Schutz der Privatsphäre im Netz in Bochum zu errichten. Auch das ist ein Meilenstein für Nordrhein-Westfalen, der allerdings – das will ich gerne konstatieren – schon in der Vergangenheit unter Ihrer Regierung mit auf den Weg gebracht worden ist. Von daher ist das eine große Gesamtleistung dieses Landes und eine Stärkung für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hier und heute.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zu den Änderungsanträgen; da sind wir uns ja auch einig: Die FH Bielefeld erhält ein Plus von 800.000 Euro. Mit diesen Mitteln werden die im Aufbau befindlichen Studiengänge Mechatronik, Data Science und Wirtschaftsingenieurwesen in Gütersloh unterstützt. Die Fachhochschule Köln erhält zusätzlich 350.000 Euro.

Das ist ein wichtiges Signal in die Region Rhein-Erft. Es soll ein Campus Rhein-Erft für 2.000 Studierende zur Förderung und Bündelung von integrierten und interdisziplinären Fachkompetenzen im Bereich der Infrastruktursysteme und der Raumentwicklung an der Schnittstelle zur Digitalisierung begutachtet werden. Dieses Gutachten soll die Grundlage für eine weitere Entwicklung im Wissenschaftsbereich in dieser Region sein, bei der der Wandel von der Braunkohle hin zu Zukunftstechnologien essentiell sein wird.

Für die Fachhochschule Ostwestfalen-Lippe ist eine Verpflichtungsermächtigung von 5,9 Millionen Euro

vorgesehen – auch das haben Sie erwähnt. Am Standort Höxter werden die Bereiche Precision Farming und Freiraummanagement weiterhin gestützt und gesichert.

Auch im Bereich der Medizin sind wir in diesem Land gut unterwegs. Bei der Einrichtung der medizinischen Fakultät in Bielefeld geht es mit den Planungen gut voran. Neben dem gemeinsamen Vorgehen der Universitäten Bonn und Siegen beim neuen Studiengang Humanmedizin möchte ich auch den Ausbau in Witten-Herdecke hervorheben. Bereits ab dem Sommersemester 2019 werden die Studienplätze im Fach Humanmedizin von 42 auf 84 erhöht.

(Beifall von der CDU)

Im Bereich der Weiterbildung stellt auch die Dynamisierung der Förderung der Weiterbildungseinrichtungen einen Meilenstein dar. In den vergangenen Jahren wurden die Zuschüsse für die Landesorganisation der Weiterbildung ohnehin verdoppelt. Das wird auch beibehalten. In Ergänzung zu dieser Verbesserung haben wir einen Änderungsantrag auf den Weg gebracht, um mit weiteren 400.000 Euro den Stellenwert der Weiterbildung zu erhöhen.

Meine Redezeit ist zu Ende. Für die Reihe der guten Nachrichten, die ich hier noch habe, reichen die vor mir liegenden Blätter fast nicht mehr aus. Wir haben den historisch höchsten Haushalt.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum Schluss: Wir werden im nächsten Jahr das viele Geld, das wir in diesen Bereich geben, mit den richtigen freiheitlichen Rahmenbedingungen versehen und das Hochschulzukunftsgesetz evaluieren und neu auf den Weg bringen.

Mit diesem Gesetzgebungsverfahren, das im nächsten Jahr starten wird, werden wir das Geld noch weiter zur Entfaltung bringen und so den höchsten Nutzen für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen erzielen. Nordrhein-Westfalen wird damit endgültig auf Zukunftskurs drehen. In diesem Sinne – vielen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Eindeutigen: Der Bereich Weiterbildung ist unstrittig. Da freuen wir uns, dass es gut weitergeht. Wir freuen uns grundsätzlich auch, dass der Wissenschaftsetat 2019 erneut gestiegen ist. Ich erkenne auch an, dass Sie sowohl im Bereich Digitalisierung als auch im Bereich der Medizin mehr Geld an die Hochschulen geben.

Nichtsdestotrotz muss man an solch einer Stelle auch zu fortgeschrittener Stunde fragen: Wo wollen Sie mit der Wissenschaftspolitik eigentlich hin? Was ist eigentlich Ihre wissenschaftspolitische Vision? Man muss erkennen, dass sich die Koalition in diesem Bereich nicht durch große Visionen hervor tut.

Frau Ministerin, ich erkenne an, was Sie im Bereich Kulturförderung erreicht haben. Diese deutlichen Fortschritte hätte ich mir aber auch für die andere Hälfte Ihres Hauses gewünscht. Der Bundestrainer kann sich auch nicht nur um die Abwehr kümmern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich muss nicht daran erinnern – die Kolleginnen und Kollegen, die sich angesprochen fühlen, werden das selber tun –, was CDU und FDP in der letzten Periode hier aufgeführt und was für Versprechungen sie gemacht haben. Betreuungsrelation: nicht wirklich etwas passiert. Nennenswerte Impulse für die Hochschulfinanzierung: nicht wirklich etwas passiert.

Qualitätsverbesserungsmittel – Herr Kollege Bell hat eben schon darauf hingewiesen, dass es hier eine halbseidene Begründung für die Untätigkeit mit Verweis auf den Hochschulpakt gibt – und Qualitätspakt Lehre: Dass diese beiden Pakete mehr Geld bringen sollen, ist doch eine reine Irreführung. Aller Voraussicht nach werden diese Mittel maximal konstant bleiben, aber wahrscheinlich eher sinken. Es geht auch da nicht um Verbesserung on top, sondern darum, bestehende Programme fortzuführen. Das zeigt einmal mehr: CDU und FDP sind letztes Jahr mit einem populistischen Wahlkampf gestartet und scheitern jetzt an Ihren eigenen Ansprüchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man sich in diesem Bereich die größte Zielgruppe dieses Haushaltes anschaut, dann stellt man fest: Die Studierenden haben bei dieser Regierung keine Lobby. Ich meine jetzt nicht einmal das Studierenden-Gängelungs-Gesetz; denn das wird uns ja im nächsten Jahr noch beschäftigen. Nach allem, was wir wissen, wird es bei Ihrem Entwurf für jeden etwas geben, nur nicht für die Studierenden. Sie werden die Mitbestimmung reduzieren. Sie werden Freiheiten einschränken. Sie werden zusätzliche Bürokratien schaffen.

Wenn ich in dieser Haushaltsdebatte davon rede, dass es keine Lobby für Studierende gibt, dann meine ich etwas anderes. Wir brauchen dringend ein Programm für die Sanierung der Studierendenwohnheime. Keine Impulse von Schwarz-Gelb dazu! Wir hatten die Studierendenwerke doch bei uns im Wissenschaftsausschuss zu Gast. Sie kennen die Zahlen. Sie wissen, die Mittel reichen nicht. Dann müssen Sie aber nachbessern.

Auch die allgemeinen Zuschüsse an die Studierendenwerke packen Sie wiederum nicht an. Sie haben

im letzten Jahr noch so getan, als hätte es keine Mittelforderung der Studierendenwerke gegeben. Das entsprach nicht den Tatsachen; das hat die AG der Studierendenwerke klargestellt. In diesem Jahr kommt dann die Ankündigung, dass es irgendwann mal eine Verbesserung geben wird.

Aber, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, da muss ich Ihnen sagen: Sie haben 6,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, als wir das hatten, und Sie bekommen es nicht hin, 1,5 Millionen Euro für die Studierendenwerke zu mobilisieren. Sie, Frau Ministerin, bekommen es nicht hin, 1,5 Millionen Euro beim Finanzminister herauszuholen. Das grenzt doch schon an Arbeitsverweigerung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die Zeche zahlen die Studierenden durch höhere Sozialbeiträge. Die Finanzierung der Studierendenwerke ist eine knallharte soziale Frage.

Wenn es schon ums Geld geht: Man hat schon lange – ich hoffe, das bleibt auch so – nichts mehr von Ihrer ideologischen Schnapsidee der Ausländerstudiengebühren gehört. Ich habe die Hoffnung, dass man das Ganze sang- und klanglos in der Versenkung verschwinden lässt. Denn Sie haben es in den Debatten der letzten eineinhalb Jahre gehört: Sie haben in der kompletten Wissenschaftslandschaft keinerlei Unterstützung für diese Idee. Lassen Sie es einfach bleiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man weiter schaut, dann sieht man, wie Sie, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen, gemeinsam mit Herrn Pinkwart als Nebenerwerbs-Wissenschaftsminister Chaos in der Innovationsförderung anrichten. Die Mittel für „Fortschritt NRW“ wurden erst geteilt, dann wurde der Teil im Wissenschaftsetat abgeschafft, im Wirtschaftsetat erhöht und dann für etwas anderes verwendet. Das kann man für den ganzen Bereich der Innovationsförderung durchziehen.

Das alles wird nicht dadurch besser, dass Sie das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung auslaufen lassen wollen, und zwar aus einem einzigen Grund: weil es Ihnen politisch nicht in den Kram passt. Sie machen genau das, was Sie uns zu Ihrer Oppositionszeit immer vorgeworfen haben: Sie machen da eine Forschungsinfrastruktur kaputt, weil es Ihnen politisch nicht in den Kram passt, woran dort geforscht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Maß und Mitte – das ist bei Schwarz-Gelb meist Mindestmaß und mittelprächtig. In diesem Bereich geht es planlos und zum Teil chaotisch zu. Es gibt keine Impulse für die Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen, und das ist ein Vergehen an unserer Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Nun hat für die FDP-Fraktion Herr Körner das Wort. Bitte schön.

Moritz Körner (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versöhnlich beginnen, nämlich mit der Weiterbildung, und vielleicht auch stellvertretend für die anderen weiterbildungspolitischen Sprecher Sigrid Beer, Stefan Nacke, Gabriele Hammelrath – die sehe ich gerade nicht – ein paar Worte zur Weiterbildung sagen.

Ich glaube, wir haben da einen guten Schritt gemacht. Wir sind in guten Vorbereitungen zur Überarbeitung des Weiterbildungsgesetzes. Der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser arbeitet sehr gut. Die Weiterbildung gerade jetzt in Zeiten, wo lebenslanges Lernen immer wichtiger wird, sollten wir auch zu so später Stunde nicht vergessen. Da sind wir gemeinsam und überfraktionell auf einen guten Weg.

(Beifall von der FDP und Norwich Rüße [GRÜNE])

Jetzt komme ich zum Haushalt. Da der Kollege Berger die guten Initiativen der Regierung schon weitgehend vorgestellt hat, kann ich das etwas schneller machen. Wir geben den Hochschulen 326 Millionen Euro mehr. Wir schaffen 50 Millionen Euro extra für Digitalisierung. Wir stärken die Hochschulmedizin. Wir bauen die Forschungsförderung aus, insbesondere die Grundförderung für die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft.

Wir können zudem einen Ausbau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen verzeichnen und bekommen eine neue Forschungseinrichtung. Wir haben die Studiengänge Höxter und Gütersloh, über die wir hier schon im Plenum verschiedentlich diskutiert haben, ausfinanziert und gesichert.

Jetzt komme ich zur Kritik vonseiten der Opposition. Ich fange beim Kollegen Bolte an. Bezüglich Fortschritt NRW haben wir eine komplette Änderung vorgenommen, weil wir da eine völlig andere Auffassung haben. Wir wollen nicht irgendetwas klar vorgeben – das waren ja Ihre Lieblingsthemen, die Sie gerne vorgegeben haben –, sondern wir wollen, dass die Wissenschaftslandschaft darüber frei entscheidet. Deswegen haben wir das neu aufgestellt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das haben wir so auch beim Forschungsinstitut gemacht, das Sie eben angesprochen haben. Sie haben sich mit Ihren Lieblingsforschungsthemen und mit der engen Verquickung mit der Landesregierung im Institut eine richtige Spielwiese geschaffen. Da sehen wir einfach andere Schwerpunkte. Wir lassen die Wissenschaftslandschaft frei handeln. So gehen wir vor.

Zu dem studentischen Wohnen, das angesprochen worden ist: Wenn sich Grüne und SPD noch nicht einmal auf eine ungefähr gleiche Höhe des Bedarfs einigen können – die Haushaltsanträge reichen von 1,5 Millionen Euro bei den Grünen ...

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Das ist nicht für studentisches Wohnen, sondern für die Grundfinanzierung! – Zuruf von Dietmar Bell [SPD] – Weitere Zurufe)

– Lieber Kollege Bell, wenn ich das richtig verstanden habe, ist der Punkt, den die Studentenwerke ansprechen, doch der, dass sie die Grundfinanzierung brauchen, um die Sanierungsmaßnahmen besser anzugehen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Nein!)

– Doch, natürlich! Dann frage ich mich aber schon, warum denn der von Ihnen angegebene Bedarf so massiv zwischen 1,5 Millionen Euro und 12 Millionen Euro variiert. Offensichtlich ist der Bedarf, den ihr da seht, nicht so klar.

Das studentische Wohnen muss man doch mal grundsätzlicher angehen. Das Ganze komplett über den Wissenschaftshaushalt zu machen, wie ihr das hier versucht, ist unredlich. Wir werden das angehen. Wir werden uns das gemeinsam mit dem Bauministerium anschauen. Wir werden uns auch die Bedarfe sehr genau anschauen und in der nächsten Zeit mit einer Initiative kommen.

Natürlich ist bei der Finanzsituation der Hochschulen auch der Hochschulpakt zu berücksichtigen, der auf Bundesebene neu verhandelt wird. Das ist sehr viel Geld für die Hochschulen. Das ist wichtig. Es macht auch Sinn, andere Initiativen der Landesfinanzierung an diese Finanzierung anzupassen.

Die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ist grundsätzlich hervorragend aufgestellt. Das zeigt die Exzellenzinitiative. Wir haben fünf Universitäten in Nordrhein-Westfalen, die im Rennen darum sind, Exzellenz-Uni zu werden. Das ist ganz großartig und zeigt, wie stark unsere Wissenschaftslandschaft und unsere Forschungslandschaft da aufgestellt ist. Daran werden wir weiter arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Körner. – Und jetzt ist Herr Seifen für die AfD am Pult. Bitte schön, Herr Seifen.

(Das Licht im Saal erlischt kurzzeitig. – Heiterkeit und Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie sehen, Herr Seifen, dass wir weder Kosten noch Mühen scheuen.

(Helmut Seifen [AfD] zeigt auf Dietmar Bell [SPD] – Dietmar Bell [SPD]: Die Sozis waren es! – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Die Altparteien sind schuld!)

Helmut Seifen (AfD): Herr Bergmann, ich hätte es gesagt, wenn es nicht von meiner Redezeit abgegangen wäre.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nein, die läuft noch nicht. – Jetzt, bitte.

(Zuruf von der CDU: Migrant*innen haben den Strom abgedreht!)

Helmut Seifen (AfD): Alles klar. – Ich war es gewohnt, immer nach den Grünen dran zu sein, deswegen bin ich gerade schon vorgeprescht.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist bezeichnend, dass es Licht wird. Sie wissen, dass das ein Zeichen der Aufklärung ist. Und wenn wir über Wissenschaft sprechen, ist es deswegen genau richtig, dass jetzt das Licht angeht.

(Minister Hendrik Wüst: Erst mal wurde es dunkel!)

Es war eine Inszenierung, die genau zur AfD passt. Das Licht geht an, wenn wir reinkommen,

(Beifall von der AfD – Lachen von der CDU und der SPD)

weil dann die Vernunft zur Herrschaft kommt und der Romantik etwas entgegengesetzt.

(Dietmar Bell [SPD]: Sie haben gar nicht bemerkt, dass das Licht ausgeht!)

Der Stand und der Stellenwert von Wissenschaft und Forschung sind neben anderen Indikatoren der Ausweis eines Landes für das Niveau seiner Kultur und seiner geistigen Verfasstheit. Man erkennt an ihrem Stand und Stellenwert sehr gut, ob die Meinungsführer einer Gesellschaft und die geistigen Eliten den rationalen Zugriff auf die Wirklichkeit wählen, um Sachverhalte anzugehen, oder ob sie lieber den eigenen Vorstellungen von Welt anhängen und Wissenschaftler nur noch als Handlanger des vorgeschriebenen Weltbildes verfolgen, so wie das Utopier machen, Herr Bell.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Oder wie Klimawandelleugner!)

Wir begrüßen es daher, dass der Haushalt im Einzelplan 06 um 5,6 % steigt und mit 9,2 Milliarden Euro erhebliche Mittel bereitstellt.

Wir wenden aber doch ein, dass die finanziellen Mittel optimaler eingesetzt werden könnten. Sie schleppen immer noch Restbestände der romantischen rot-grünen Ideologie mit sich, Frau Ministerin, und instrumentalisieren immer noch – wenigstens partiell – das eine oder andere linksideologische Weltbild im Haushalt. Da werden im Kapitel „Förderung der Gleichstellung“ 4,29 Millionen Euro veranschlagt, mit der auch die Gender-Forschung finanziert wird.

So sehr die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Staat, Gesellschaft, Studium und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist, und so sehr zu begrüßen ist, dass auch die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft finanziell unterstützt wird, so wenig ist eine so immense Summe für diese Zwecke zu rechtfertigen.

Die Förderung von Gender-Forschung und die Finanzierung solcher Lehrstühle, die diesen Forschungsschwerpunkt betonen, sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Vorstellung vom Geschlecht als ausnahmslos kulturelles Konstrukt erfasst weder den Sachverhalt der Geschlechterprägung, noch trägt sie etwas zur Situationsanalyse bei. Sie transportiert dagegen Anweisungen und Aufforderungen zur sogenannten Destruktion.

(Karl Schultheis [SPD]: Sprechen Sie zum Sachverhalt!)

In der Nachfolge von Judith Butler unterwerfen sich nun ihre Schwestern im Geiste vollkommen unkritisch ihrem apodiktischen Verlangen nach der Konstruktions. Und der Steuerzahler soll solch einen schädlichen Unsinn dann auch noch finanzieren. Da sind Sie weiterhin die Erben dieser rot-grünen Ideologie. Das ist nicht gut.

Da fügen dann die 200.000 Euro für Diversity Management dem Steuerzahler auch keinen großen Schaden mehr zu. Aber die Begründung dafür ist doch hanebüchen. Ich zitiere:

„Hinsichtlich einer Sicherstellung des Studienerfolgs von Beginn an kann die Berücksichtigung der steigenden Heterogenität der Studierendenschaft wesentlich dazu beitragen, den sozialen Herausforderungen im Bildungswesen nachhaltig zu begegnen.“

Ich bitte Sie wirklich! Den sozialen Herausforderungen im Bildungswesen könnte man viel effektiver begegnen, indem man dem Studierendenwerk die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, die es braucht, um den Studierenden alles zur Bewältigung der sozialen und existenziellen Herausforderungen bereitzustellen zu können.

(Unruhe – Glocke)

Es wäre schon hilfreich, die Investitionszuschüsse an die Studierendenwerke deutlich zu erhöhen. Wir von der AfD haben den Antrag eingebracht, 8 Millionen

Euro einzusparen und diese Millionen den Studierendenwerken zur Verfügung zu stellen. Die SPD fordert in ihrem Antrag 12 Millionen Euro. Im Grunde genommen ist das begrüßenswert, aber Sie haben natürlich, wie das bei den Linken immer so ist, keine Gegenfinanzierung.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist gelogen! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD])

Das Geld holen Sie immer aus dem Himmel heraus und meinen, der liebe Gott würde die Sterne wie bei dem Märchen von den Sterntälern segensreich auf die Erde fallen lassen, Herr Yetim. Das kennen wir von den Sozialisten. So haben Sie hier in NRW jahrzehntelang das Land heruntergewirtschaftet.

(Zuruf von der SPD: Das war Herr Zimkeit und nicht Herr Yetim!)

– Entschuldigung, Sie haben recht.

Aber die Vernachlässigung der Studierendenwerke über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg hat zum Investitionsstau geführt, der endlich aufgelöst werden muss. Wie gesagt: Finanzierungsvorschläge hat die AfD im Ausschuss zur Genüge gemacht. Wenn es Sie tröstet: Wir werden uns bei dem SPD-Antrag enthalten und werden ihn nicht ablehnen.

Zu erwähnen wären noch – ich bin gleich fertig, Herr Präsident – die Zuschüsse im Rahmen des Programms „Guter Studienstart“. Das Projekt ist 2014 als Wettbewerb gestartet, aber es atmet doch den Geist der rot-grünen Politik, die Zugangsbedingungen an den Hochschulen und Universitäten aufzuweichen.

Sie sollten diesen Wettbewerb nicht ausschreiben. Sie wissen, dass die Professoren mehr Qualität statt Quantität wollen. Sie sollten von dieser Tonnenideologie der linken Wissenschaftsideologie weg hin zu einer qualitativ-bürgerlich-humanistischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Dann wären wir ganz bei Ihnen, und dann würden Sie auch eine gute Wissenschaftspolitik machen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wenn ich Sie höre, glaube ich wirklich, dass zu viele Leute studieren konnten!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, Sie haben sich durchaus auf den Weg gemacht, um die Studienbedingungen in diesem Land zu verbessern. Sie sollten aber noch mehr Mut beim Wegräumen ideologischer Überbleibsel aus der rot-grünen Ära zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt hat das Wort für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat ihre Schwerpunkte im Etat 2019 unter anderem in den Bereichen „Digitalisierung“ und „Bildung“ gesetzt. Insbesondere am Schwerpunktthema „Bildung“ hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft wesentlichen Anteil und setzt vor allem auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für exzellente Bildung. Dabei gilt es, besonders die Umsetzung dringender notwendiger Investitionen auch mit Bezug auf die Digitalisierung endlich stärker voranzutreiben.

Inklusive der Veränderung der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2019 liegen die Ansätze der Ausgaben für das kommende Jahr nunmehr bei über 9,2 Milliarden Euro. Damit liegt der Gesamtansatz des Einzelplans um 523 Millionen Euro über den Vorjahresansätzen. Die vorgesehene Ansatzsteigerung von 6 % ist überproportional.

Nachdem ich mir hier so manchen Beitrag angehört habe, frage ich mich – ich bin ja noch nicht so lange hier –: War das immer schon so? – Ich glaube eher nicht.

Die Ausgaben in den Bereichen Hochschulen und Hochschulmedizin stellen mit 73 % auch im kommenden Jahr den größten Posten im Etat dar. Die Hochschulen erhalten im Vergleich zu 2018 rund 326 Millionen Euro mehr. Allein die globalen Haushalte der Hochschulen werden um rund 212 Millionen Euro angehoben.

47 Millionen Euro fließen in die notwendigen Investitionen in die Hochschulen. Mit 50 Millionen Euro pro Jahr wird die Digitalisierung an den Hochschulen durch ein neues Programm vorangetrieben. – Auch das war angesichts der Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren so noch nicht zu vermelden.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre sowie für Sanierung, Modernisierung und Digitalisierung soll die Hochschulmedizin knapp 89 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Der größte Einzelposten sind dabei die Investitionsmittel in Höhe von 48 Millionen Euro. Am Ende sind das natürlich nur nackte Zahlen – sie werden aber viel verändern.

Die Landesregierung hat eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplan 2019 beschlossen; Gegenstand waren unter anderem die haushaltstechnischen Konsequenzen der Umsetzung des Maßnahmenpakets für ein verbessertes Liegenschaftsmanagement.

Sie wissen alle, dass der Anteil der Hochschulen am Gesamtaufkommen der Maßnahmen des BLB bei über 60 % liegt. Das ist schon eine ziemlich gewaltige Veränderung – die wir aber sehr begrüßen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zusätzlich wurden neue Maßnahmen veranschlagt, wie beispielsweise die Verpflichtungsermächtigung für eine Landesfinanzierung des Kompetenzzentrums Quantencomputing am Forschungszentrum Jülich in Höhe von 3 Millionen Euro. Dem einen oder anderen wird bekannt sein, dass in Jülich an entscheidenden Verbesserungen im Bereich Quantencomputing gearbeitet wird, was wiederum für die Rechenkapazität der Forschung in ganz Deutschland entscheidend sein könnte.

Außerdem wurde in der Ergänzungsvorlage eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 12,5 Millionen Euro für die Umsetzung des Masterplans KI aufgenommen. Hier haben wir uns gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister gewaltig etwas vorgenommen, um Nordrhein-Westfalen im Bereich der Künstlichen-Intelligenz-Forschung weiter nach vorne zu bringen.

Gerade bei der Digitalisierung gibt es also eine hohe Dynamik bei den aktuellen Initiativen im Wissenschaftsbereich. Ehrlich gesagt, finde ich es ziemlich gut, dass uns das jetzt gelingt; denn ich habe in diesem Bereich sehr, sehr wenig vorgefunden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der große Erfolg der nordrhein-westfälischen Hochschulen im Wettbewerb der Förderlinie Exzellenzcluster kostet jetzt leider etwas mehr Geld; denn wir hatten nicht mit so einem riesigen Erfolg gerechnet. Im Vergleich zu unserem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf haben wir deswegen noch einmal zusätzlich 3,8 Millionen Euro ausgewiesen.

Ich verbessere Sie, lieber Herr Körner, nur ungerne, aber es sind nicht nur vier, sondern fünf Hochschulen, die sich um den Titel bewerben können.

(Zurufe von der FDP: Ah! – Moritz Körner [FDP]: Das ist die Uhrzeit!)

Ich finde, darüber können wir alle ganz glücklich sein. Ich danke Ihnen allen für die konstruktiven Beratungen zum Haushaltsentwurf in den Fachausschüssen und für die sachlichen Diskussionen.

In diesem Sinne füge ich noch etwas zum Thema „Finanzierung der Studierendenwerke“ an. Das MKW hat aufgrund erwarteter Kostensteigerungen für Personal, Sanierung und Modernisierung bereits Vorsorge für einen um 4 Millionen Euro erhöhten Zuschussbedarf ab 2021 eingeplant. Dies ist vonseiten der Opposition und der Studierendenwerke kritisiert worden: Zu spät! Zu wenig!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja!)

– Ja, es ist natürlich einfach, schnell mehr zu fordern. Ich bin aber nicht bereit, auf eine gründliche, sachliche Vorarbeit zu verzichten, die ich in allen Bereichen voraussetze. Hier fehlt sie mir noch.

Über das studentische Wohnen haben wir in diesem Haus bereits im vergangenen Jahr sehr intensiv debattiert. Dieses Jahr haben runde Tische zum Thema „studentisches Wohnen“ an vier Standorten ihre Arbeit aufgenommen.

Auf Initiative des Bauministeriums sowie meines Hauses werden an den runden Tischen mit den Akteuren vor Ort ganz konkrete Lösungsstrategien zur Schaffung studentischen Wohnraums an den jeweiligen Standorten erarbeitet. Auch Ihnen allen dürfte bekannt sein, dass es schwierig ist, überhaupt noch Grundstücke, gerade in den besonders nachgefragten Städten, für solche Zwecke zu bekommen.

Außerdem haben wir eine weitere Initiative ergriffen: Ein Gutachten soll die tatsächlichen Sanierungsbedarfe bei den Studierendenwohnheimen identifizieren und beziffern; denn dazu gibt es noch keine seriösen, gründlich durchkalkulierten Unterlagen. Im Anschluss daran wird die Landesregierung entscheiden können, ob, und wenn ja in welchem Umfang, es zu einer weitergehenden Förderung kommt.

Der letzte Punkt meiner Ausführungen ist die gemeinwohlorientierte Weiterbildung, die hier mit sehr freundlichen Komplimenten bedacht wurde. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass im Haushaltsentwurf 2019 erstmals rund 2 Millionen Euro für eine Dynamisierung vorgesehen sind. Auch das gab es vorher nicht – das sollte man dann auch deutlich sagen.

Diese Mittel sollen als Zuschlag zur bisherigen Förderung gewährt werden. Der Zuschlag ist aber – das ist sehr entscheidend – dynamisch angelegt und wird in den nächsten Jahren steigen. Auch damit setzt die Landesregierung eine Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag um.

Parallel dazu läuft natürlich die Reform des Weiterbildungsgesetzes. Sie wissen, dass es dazu im Sommer eine große Konferenz gab. Es finden viele Gespräche statt, die letzte Regionalkonferenz in diesem Kontext wird im nächsten Monat stattfinden. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden wir zusammenführen. Natürlich soll es auch ein Eckpunktepapier für eine Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes geben, mit der notwendigen Beteiligung der Verbände.

Fazit: Für den Haushalt 2019 sind deutlich mehr Landesmittel eingeplant als in den Vorjahren. Damit schafft die Landesregierung die finanzielle Grundlage für die weitere erfolgreiche Arbeit der Wissenschaft und der Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Ich würde mich natürlich freuen, wenn Sie uns nicht nur positiv begleiten, sondern diesem Antrag auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. Ich erwähne es nicht so häufig, aber in diesem Fall muss ich es natürlich tun: Sie haben Ihre Redezeit ein wenig überzogen.

(Heiterkeit von der CDU)

Nur ein wenig! Es hat ja auch niemand gemerkt. – Es waren etwa drei Minuten; falls es seitens der Fraktionen noch Bedarf gäbe, das Wort zu erheben, hätten Sie nun die Möglichkeit dazu.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

– Sie sowieso nicht, Herr Ministerpräsident – wenn überhaupt, dann die Fraktionen. Die Landesregierung hat ja eben gesprochen.

Mir liegen keine Wortmeldung vor, und damit schließen wir die Debatte zu Teil b) Wissenschaft und Weiterbildung.

Wir kommen somit zu den Abstimmungen, und ich bitte um ein wenig Geduld, weil wir uns durch einen kleinen Wust an Abstimmungen durcharbeiten müssen. Nach aktuellem Stand gehe ich nicht davon aus, dass wir heute noch einen zweiten Hammelsprung machen werden.

(Zurufe: Oh!)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken. Für viele in der Verwaltung war es der erste Hammelsprung in diesem Parlament.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, der AfD und dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser)

Ich bin der Meinung, dass das Ganze prima organisiert wurde. Sie haben es sozusagen fast nicht gemerkt, außer dass Sie einmal den Saal verlassen und wieder betreten mussten. Danke also an alle, die dabei mitgewirkt haben – wir hatten auch ein klares Ergebnis.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen; erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/4344. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die SPD-Fraktion sowie Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – CDU und FDP sind dagegen. Wer enthält sich? – Die AfD-Fraktion enthält sich. Damit haben wir ein klares Ergebnis. Der **Änderungsantrag Drucksache 17/4344** ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Einzelplan 06 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4406, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer

stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4406** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Drittens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/4302. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, also stimmen wir über den Inhalt des Antrags ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – CDU, FDP ... – sonst niemand?

(Bodo Löttgen [CDU]: Meistens reicht das! – Heiterkeit von der CDU – Frank Müller [SPD]: Hammelsprung!)

CDU und FDP stimmen also zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen.

(Zurufe)

Gibt es Enthaltungen?

(Zurufe: Ahh!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, es ist spät und der Abend ist lang, aber er wird jetzt erst richtig schön. – Wir müssen die Abstimmung noch einmal wiederholen. Ich habe den Eindruck, dass ein bisschen Verwirrung herrscht.

(Sarah Philipp [SPD]: Bei uns nicht!)

Und wir wollen hier ja keine verwirrten Abstimmungsergebnisse zur Kenntnis nehmen.

Wir stimmen also drittens ab über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/4302. Es handelt sich – ich sage es noch mal dem Inhalt nach – um den Antrag zum – stichwortartig gesagt – Prüfauftrag und Zuwendungsrecht. Dazu gab es auch eine Reihe von Ankündigungen.

Versuchen wir es also noch einmal: Wer stimmt diesem Antrag zu? – CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

(Heiterkeit)

Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Die AfD-Fraktion. Und wer enthält sich? –

(Zurufe: Ahh!)

– Es enthält sich die SPD-Fraktion, und damit haben wir ein klares Ergebnis.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der **Antrag Drucksache 17/4302** ist mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Nachzuholen ist nunmehr die Abstimmung über den Einzelplan 20, zu dem wir bereits gestern die Aussprache durchgeführt haben. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4420,